GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Macht und substantielle Repräsentation von Frauen

Blome, Agnes; Fuchs, Gesine

2017

https://doi.org/10.25595/3512

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Blome, Agnes; Fuchs, Gesine: *Macht und substantielle Repräsentation von Frauen*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 26 (2017) Nr: 1, 55–69. DOI: https://doi.org/10.25595/3512.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v26i1.04

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE
UNIVERSITÄT
BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Macht und substantielle Repräsentation von Frauen

AGNES BLOME. GESINE FUCHS.

Demokratie als Selbstregierung und Selbstgesetzgebung erfordert bestimmte Mechanismen zur Gewährleistung der gleichen Teilnahme aller betroffenen Personen am politischen Prozess. In modernen Gesellschaften ist politische Repräsentation ein solcher notwendiger Mechanismus, also die durch Wahlen autorisierte Vertretung von Personen in Entscheidungsgremien wie Parlamenten. Die dazu nötige Ausweitung politischer Rechte auf immer mehr Personengruppen ging langsam vonstatten und war umstritten. Die Forderung nach (Geschlechter-)Gleichheit in der politischen Repräsentation lässt sich mit Werten von Gleichheit und Gerechtigkeit, aber auch inhaltlich, also im Sinne von Auswirkungen auf policy outputs begründen. Die Realität ist aber weit von diesem demokratischen Ideal entfernt. Die feministische Politikwissenschaft hat immer wieder gezeigt, dass gesellschaftliche Unterdrückungs- und Abwertungsverhältnisse wirksame und hohe Hürden bei politischer Sozialisation, beim Zugang zu politischen Ämtern und politischer Verantwortung von Frauen sowie bei der Definition und Legitimierung von Politiken darstellen. So sind weltweit nur 23% der Parlamentssitze von Frauen besetzt; in Deutschland liegt ihr Anteil in Regierung und Bundestag bei einem guten Drittel, auf der kommunalen Ebene aber nur bei 26% (European Commission DG Justice 2016).

Solche ungerechten Machtverhältnisse manifestieren sich in kulturellen Normen, sozialen Praktiken und ökonomischen Strukturen. Dies lässt sich mit Iris Marion Youngs „five faces of oppression" veranschaulichen, die sie übergreifend für Unterdrückungsverhältnisse formuliert hat (Young 2004). Es sind dies ökonomische Ausbeutung, sozioökonomische Marginalisierung, fehlende Autonomie über die eigene Arbeit, kultureller Imperialismus und systematische Gewalt. Dabei wirken Machtverhältnisse im gesamten Prozess politischer Beteiligung und in allen Institutionen, von der politischen Sozialisation im Kindergarten bis zur Durchsetzungskraft von Frauen in höchsten Staatsämtern: Was gilt als politisch relevant, als sagbar, als dringendes politisches Problem? Eine formal mächtige Stellung von Politikerinnen in der Exekutive, die eine Agenda zur Verwirklichung von Frauenanliegen haben, bedeutet nicht gleichzeitig, dass sie das auch de facto durchsetzen können (Sauer 2009).

Im Folgenden widmen wir uns einem Ausschnitt des politischen Entscheidungsprozesses, nämlich der substantiellen Repräsentation von Frauen in Legislative und Exekutive als materiell und symbolisch relevanten Arenen demokratischer Politik. Sie sind deswegen so wichtig, weil in ihnen Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden, die materiell spürbare Auswirkungen haben. Nichtsdestotrotz finden sich in diesen Bereichen, insbesondere in Bezug auf die Exekutive, teils deutliche Forschungslücken zur substantiellen Repräsentation von Frauen.

https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v26i1.04

Nach einer Einführung in den Begriff der Repräsentation diskutieren wir das Für und Wider des Konzepts und verschiedener Operationalisierungen von „Frauenineressen“ für feministische Forschung zu substantieller Repräsentation, bevor wir aktuelle Forschungsergebnisse zu Legislative und Exekutive vorstellen. Dies dient uns im Fazit dazu, Desiderata einer umfassenden Analyse von Geschlecht, substantieller Repräsentation und politischer Macht zu formulieren.

Repräsentationsbegriffe

Eine Grundfrage der Repräsentationsforschung besteht darin, ob die Repräsentant*innen die Delegierten der Repräsentierten sein sollen, also deren Willen ausführen, oder ob sie treuhänderisch im Sinne der Repräsentierten handeln (können). Eine der einflussreichsten zeitgenössischen Taxonomien ist jene von Hannah Pitkin (2008), die vier Formen unterscheidet: autorisierte Repräsentation, in dem eine Person gesetzlich ermächtigt ist, für eine andere zu handeln; deskriptive Repräsentation, wobei Repräsentant*innen durch bestimmte Eigenschaften (wie Geschlecht, Klasse oder Ethnizität) für eine bestimmte Gruppe stehen; symbolische Repräsentation, in der Repräsentant*innen für eine bestimmte Idee stehen und schließlich substantielle Repräsentation, in der Repräsentant*innen verantwortlich für und im Interesse der Repräsentierten handeln. Pitkin lehnte die Idee deskriptiver Repräsentation ab, also die Annahme einer zwingenden Verbindung zwischen den Eigenschaften der Repräsentierenden und verantwortlichem Handeln für diese entsprechende Gruppe. Anne Phillips (Phillips 1994, 1995) legte deren Relevanz jedoch überzeugend als „Politics of Presence“ dar: Die Präsenz vormals exkludierter Gruppen markiere erst einmal ihre Anerkennung und sei eine Frage der Gerechtigkeit. Präsenz stärke Legitimität, Verantwortlichkeit und Effektivität: es stärke das Vertrauen in die Repräsentierenden, antworte auf das Bedürfnis nach besserer Berücksichtigung der Interessen unterrepräsentierter Gruppen und eröffne die Möglichkeit, politische Agenden zu transformieren und so die Qualität und die Wirkungen der Politik zu erhöhen. Politische Deliberation erfordert die Partizipation von Schlüsselgruppen, wenn demokratisch repräsentative Entscheidungen gefällt werden (Childs/Lovenduski 2013, 491):

> „Arguably, after Pitkin no one regarded descriptive representation as important, while after Phillips no one regarded it as unimportant” (ebd., 490).

Die politikwissenschaftliche (Geschlechter)forschung hat sich zuerst mit deskriptiver Repräsentation beschäftigt, also den Fragen nach Trends und Gründen für die weiter bestehende Unterrepräsentation von Frauen in Parlamenten und Regierungen. Hier sind sowohl Literatur- und Datenlage als auch theoretische Konzepte besser und weiter ausgearbeitet als bei Fragen nach substantieller Repräsentation (vgl. Wängnerud 2009). Die aktuelle Forschung ist stark auf die Bedingungen und Prozesse substantieller Repräsentation von Frauen ausgerichtet, also der Repräsentation von Interessen, die von oder für Frauen formuliert und aggregiert werden (s. Childs/

Lovenduski 2013 für einen Überblick). Weniger handfeste Forschungsresultate gibt es zur Frage, wie politische Repräsentation sich in Politik und Politik-Wirkungen übersetzt (vgl. Schwindt-Bayer/Mishler 2005; Smith 2014; Dolan 2002).

Nun bezweckt politische Repräsentation, politische verbindliche Entscheidungen herbeizuführen und umzusetzen bzw. sie zu beeinflussen – auch in Parteien, Bewegungen oder beratenden Gremien. Wie und unter welchen Umständen werden aus repräsentierten Interessen politische Programme, die implementiert werden und die gewünschten Wirkungen zeigen? Mit anderen Worten: **Wann verwandelt sich Repräsentation in Macht**? Angesichts der Transformation von Staatlichkeit, etwa der Abgabe staatlicher Autorität an nicht gewählte und somit nicht oder kaum demokratisch legitimierte Gremien und Organe und der Entparlamentarisierung von politischen Entscheidungen (siehe Wöhl 2016; Sauer 2012; Banaszak/Beckwith/Rucht 2003) stellt sich ganz grundsätzlich die Frage, ob sich **herkömmliche politische Repräsentation noch in Macht verwandeln kann**. Governance-Formen des Regierens, also nicht-hierarchische, netzwerkförmige Politikformen bringen zwar prinzipielle Chancen auf Öffnung und Demokratisierung politischer Entscheidungsprozesse. Doch weil Governance politische Entscheidungsräume auch entöffentlicht, informalisiert und schließt, ist ebenfalls der Stand der Partizipation und Repräsentation von Frauen gefährdet und es droht allgemein ein Verlust an politischen öffentlichen Aushandlungsprozessen und somit an Kontrolle und Mitsprache (Sauer 2009, 111–116).

Für die Frage substantieller Repräsentation sind sowohl Begriffe von Macht als Ressource, als auch von Macht als Dominierung und Unterdrückung wichtig (vgl. auch im Folgenden die Ausführungen bei Allen 2016): In der Legislative geht es zuvorderst darum, bindende Entscheidungen herbeizuführen, die dann vom Staat umgesetzt werden. Es werden Gesetze geschaffen, an die sich die Menschen (überwiegend) halten, weil sie sie als legitim zustande gekommen betrachten. Gemäß einem liberalfeministischen Ansatz würde es also darum gehen, Macht im Sinne Max Webers und Robert Dahls[1] so umzuverteilen, dass bestimmte Gruppen verantwortlich im Sinne von bisher weniger Repräsentierten handeln können. Die Frage wäre dann, inwieweit es Abgeordneten gelingt, wie auch immer geartete Frauenineressen in bindende Entscheidungen, Gesetze oder Programme umzusetzen (Agenda Setting, Politik-Formulierung); für die Exekutive stellt sich entsprechend die Frage, inwieweit diese Entscheidungen wirkungsvoll umgesetzt werden können bzw. wo im exekutiven Kompetenzbereich solche Entscheidungen getroffen werden (Politik-Implementation). Feministische Machtbegriffe, die auf Ermächtigung zielen und das Sich-Zusammenschließen mit Anderen in den Mittelpunkt stellen, sind für die Analyse konkreter Entscheidungsprozesse in Gremien gut geeignet. Zur alleinigen Verwendung bei der Analyse geschlechtsbasierter Formen der Unterdrückung eignen sich solche Begriffe aber nicht.

Machtverhältnisse können eine wirkungsvolle substantielle Repräsentation behindern, also die Chancen, dass Frauenineressen in Politiken, Gesetze und Maßnahmen

umgesetzt werden. Komplexer werden diese Verhältnisse noch dadurch, dass wir es beim Staat eben nicht mit dem „ideellen Gesamtpatriarchen" zu tun haben, nicht mit einem kohärenten Agenten, sondern mit einem Kompromiss unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen und Mächte. Die relative Autonomie des Staates erlaubt es durchaus, frauenfreundliche staatliche Politik zu machen (Sauer 2009, 109f.).
Die Forschung zu deskriptiver Repräsentation von Frauen hat auf die hinderlichen und förderlichen Faktoren fokussiert, damit Frauen in Parlamente und Regierungen kommen und wiedergewählt werden (Überblick vgl. Fuchs/Scheidegger 2017). Forschung zu substantieller Repräsentation muss darüber hinaus Aussagen zu den politischen Inhalten und Forderungen der Repräsentant*innen machen. Daher widmen wir uns im folgenden Abschnitt der Debatte der Frage nach „Fraueninteressen" und wie sie entstehen und aggregiert werden.

Fraueninteressen?

Ziel der Forderung nach politischer Repräsentation von Frauen ist es gemeinhin, auf diese Weise demokratische Gerechtigkeit sowie Legitimität, Responsivität und Effektivität der gewählten Gremien zu erreichen. Ein Mehr an Frauen in den Parlamenten soll die Qualität und die Auswirkungen von Politikgestaltung im Sinne für Frauen positiv beeinflussen (vgl. Celis et al. 2014). Was Fraueninteressen sind, lässt sich nach überwiegender Meinung in der feministischen Diskussion nicht a priori oder objektiv bestimmen, aber in einer herrschafts- und machtkritischen feministischen Perspektive können wir nicht gänzlich auf inhaltliche Spezifikationen verzichten. Wer wissen will, ob und wie Frauen für Frauen handeln – so die Definition von substantieller Repräsentation – muss wissen, was Frauen wollen.
Frühe marxistisch inspirierte Konzepte, die von Interessen ausgingen, die aus den Strukturen sozialer Ungleichheit entspringen, kamen seit den 1980er Jahren unter Druck, je mehr auch die Unterschiedlichkeit der Lebenslagen „der" Frauen diskutiert wurde und je mehr etwa von Seiten schwarzer Feministinnen die bisherige implizite Gleichsetzung von Frauen mit weißen Mittelschichtsfrauen in der so genannten Ersten Welt kritisiert wurde. Versuche, nicht auf Interessen, sondern auf Bedürfnisse von Frauen zu rekurrieren (Diamond/Hartsock 1981), führten jedoch nicht aus dem „essentialistischen Dilemma". Sowohl Anne Phillips (1994) wie auch Anna Jónasdóttir (1988) wollten den Interessenbegriff nicht mehr vorrangig inhaltlich, sondern prozedural bestimmen. Phillips argumentiert, dass es nur ein objektives Interesse von Normunterworfenen gebe: nämlich inter-esse, lateinisch wörtlich „dabei zu sein" in der Politik, um in Angelegenheiten, die einen selber betreffen, mitzubestimmen. Jónasdóttir teilt diese Definition, aber spezifiziert einen inhaltlichen Interessenbegriff. Inhaltliche Interessen werden durch diejenigen Gruppenangehörigen formuliert, die Zutritt zur politischen Arena verlangen und politisch handeln. Diese Interessen sind nicht beliebig, sondern auch eng an gelebte Erfahrungen und Lebensbedingungen sozialer Gruppen gebunden. Insofern sich Gruppen systematisch

unterscheiden, werden sich auch die von ihnen formulierten Interessen unterscheiden. Oft wird in der Forschung auf Themen abgezielt, die die Rolle von Frauen in der Gesellschaft reflektieren – die ungleiche Verteilung und Bezahlung von produktiver und reproduktiver Arbeit, unterschiedliche Erfahrungen mit Gewalt, Differenzen im Zugang zu Positionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

In der empirischen Forschung werden „Fraueninteressen" unterschiedlich operationalisiert. Erstens werden sie als für alle Frauen gegeben angenommen, und insofern sind sie ex-ante definiert. Damit werden Frauen aber essentialisiert, und Intersektionalität wird ausgeblendet. Zweitens werden sie oft an die Forderung feministischer Organisationen geknüpft, was jedoch feministische Sichtweisen privilegiere (Childs/Lovenduski 2013). Drittens können sie ganz offen konzeptualisiert werden, indem als „Fraueninteresse" zählt, was befragte Volksvertreter*innen darunter verstehen (Celis/Erzeel 2015), womit der Begriff aber erheblich an Prägnanz einbüßt – dann können auch sehr konservative Politiker*innen Frauen substantiell repräsentieren. Schließlich werden Umfragedaten als Beleg für Geschlechterunterschiede in der Betrachtung von Themen genutzt. So zeigen sich – länderübergreifend und sowohl bei Bürgerinnen wie Politikerinnen – zwar eine Priorisierung sozialer Themen und des Abbaus von Geschlechterungleichheiten im Vergleich zu Männern (Childs 2004, Lovenduski/Norris 2003; Campbell/Childs/Lovenduski 2009; Bolzendahl/Brooks 2007; Wängnerud 2000). In diesem Ansatz ist jedoch fraglich, ob Geschlechterunterschiede in *Einstellungen* zu einem Thema gleichzusetzen sind mit unterschiedlichen *Interessen*, also dem generellen Wunsch nach der gesellschaftlichen Durchsetzung eines Weltbildes mittels konkreter Maßnahmen und Regelungen (vgl. Münnich 2011).

Grundsätzlich kommen die verschiedenen empirischen Konzepte jedoch zu ähnlichen Schlüssen in Bezug auf die Frage, welche Themen oder Weltbilder für Frauen wichtiger sind[2] als für Männer: Gleichbehandlung und -bezahlung von Arbeit, reproduktive Rechte inkl. Abtreibung, Kinderbetreuung und häusliche Arbeit, Gewalt gegen Frauen, Prostitution und Menschenhandel, Genitalverstümmelung und politische Repräsentation (Childs und Lovenduski 2013). Mit anderen Worten: Solche Themen repräsentieren Fraueninteressen, „where policy consequences are likely to have a more immediate and direct impact on significantly larger numbers of women than of men" (Carroll 1994, 15). Der Einfluss substantieller Repräsentation von Frauen besteht darin, dass Frauen diese Themen auf die Agenda setzen und die Entwicklung von Regelungen und Maßnahmen unterstützen, die helfen, strukturelle Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen abzubauen.

Unseres Erachtens braucht es alle Facetten des Konzepts „Fraueninteressen" für eine umfassende Analyse. Es ist insofern notwendig, von allgemein definierten „Fraueninteressen" wie dem gleichen Zugang (inter-esse, dabei-sein im Sinne Phillips') zu politischen und gesellschaftlichen Positionen auszugehen und sie zu Beginn einer Analyse zu bestimmen, insofern Demokratie als Selbstregierung und Selbstgesetzgebung ein egalitäres Menschenbild konkretisiert (vgl. Schaal 2009, 259–260).

Zweitens ist es sinnvoll, konkrete Forderungen formulierter „Fraueninteressen" ideologiekritisch auf ihren Inhalt, ihre Geschlechterbilder und die intendierten Konsequenzen zu prüfen; auch brauchen wir politikfeldspezifische Analysen von „Fraueninteressen", etwa wie gleichstellungsfreundlich verschiedene Modelle des Vaterschaftsurlaubs sind, die im Parlament lanciert werden (Valarino 2016). Drittens muss eine Analyse politischer Prozesse Interessen von Frauen als zunächst undefiniert, kontextabhängig und veränderbar konzeptualisieren und z. B. als „representative claims making" untersuchen: „good substantive representation is better conceived of as a process, involving debate, deliberation, and contestation over group interests" (Celis et al. 2014, 151, 156). Forschung zu substantieller Repräsentation von Frauen muss kontextabhängig und prozedural analysieren, ob und wie substantielle Repräsentation dazu beiträgt, normativ-egalitären Zielen näher zu kommen. Dies ermöglicht es zum einen, unterschiedliche Wege zur Erreichung der Ziele[3] aufzuzeigen, Intersektionalität und Ideologien zu berücksichtigen und damit einer „Essentialisierung" von Fraueninteressen entgegenwirken. Zum anderen kann es auf diese Weise gelingen, den Einfluss herrschender Diskurse und die Machtbeziehungen innerhalb politischer Arenen etc. auf die Möglichkeiten und die Reichweite substantieller Repräsentation aufzudecken.

Woran erkennen wir machtvolle substantielle Repräsentation?

Im Folgenden beschreiben wir die Forschung zu substantieller Repräsentation. Der Fokus auf Legislative und Exekutive resultiert aus unserer Prämisse, nach der sich substantielle Repräsentation von Frauen in der Durchsetzung von policies zeigt, die Fraueninteressen aufgreifen.

Legislative

Wenn wir wissen wollen, ob und wie Repräsentation zu Macht führt, ist weiterhin Forschung zu den Bedingungen nötig, unter denen politisch mobilisiert, nominiert und gewählt wird. Darüber hinaus brauchen wir Kenntnisse darüber, unter welchen Bedingungen Frauen in gewählten Gremien arbeiten. So sind Parlamentarierinnen in einflussreichen Führungspositionen unterrepräsentiert und in unterschiedlichem Maß auf bestimmte Politikfelder beschränkt.[4] Nach wie vor sind Frauen häufig mit abwertenden Stereotypen konfrontiert und müssen sich erst beweisen (vgl. für ein aktuelles Beispiel Staples/Natcher 2015). Präsenz bedeutet darum nicht automatisch, dass Frauen angemessene Durchsetzungschancen haben. Eine aktuelle Studie der Interparliamentary Union (IPU) zeigt, dass sexistisches Verhalten gegenüber Parlamentarierinnen auf der ganzen Welt ein ernstes Problem ist: von den befragten Abgeordneten waren in Zusammenhang mit ihrem Mandat 44% schon mit Tod, Vergewaltigung, Schlägen oder Entführung bedroht worden, zwei Drittel waren sexistisch beschimpft und ein Drittel sexuell belästigt worden: „Such violence impedes

the ability of women parliamentarians to do their work freely and securely and has a dissuading effect on women's political engagement in general" (Interparliamentary Union 2016a, 11). Die IPU stellt dies richtigerweise in Zusammenhang mit der generellen Funktionsweise von Parlamenten:

> Once in office the situation does not improve as women MPs are often underrepresented in senior positions or key committees, face a hostile work environment, and must navigate unwritten rules and practices that are preferential to men. All of this can limit their input to parliament's policy making and undermines parliaments' efficiency, effectiveness and legitimacy. (Interparliamentary Union 2016b)

Die von vielen Frauen geteilten Erfahrungen wie Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts könnten weibliche Abgeordnete aufmerksamer für Fraueninteressen machen. Im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen sollten weibliche Abgeordnete danach eher Themen wie Gleichbehandlung der Geschlechter oder Sorgearbeit auf die politische Agenda setzen. Tatsächlich zeigen viele Studien, dass weibliche Abgeordnete eher als männliche dazu neigen, Themen, die mit Frauen assoziiert sind, zu priorisieren und eine entsprechende Gesetzgebungsinitiative einzubringen (Lloren 2015; Fuchs 2015a; Dodson 2006; Kittilson 2008). So wird auch häufig ein Zusammenhang zwischen dem Anstieg von deskriptiver Repräsentation im Parlament und den policy outputs für Gleichstellung gezeigt (Swers 2002; Lambert 2008; Brunsbach 2011). In diesem Zusammenhang wurde die Vermutung aufgestellt, dass es einer *critical mass* weiblicher Repräsentantinnen bedürfe, um substantielle Repräsentation zu erreichen (Dahlerup 1988; Studlar/MacAllister 2002).

Auf der anderen Seite gibt es Gründe, die gegen eine Beziehung zwischen deskriptiver und substantieller Repräsentation sprechen. Nur weil Personen ähnliche Merkmale (wie das Geschlecht) teilten, bedeute das nicht, dass sie für „ihre" Gruppe *handelten*. Dodson und Carroll (1991) haben argumentiert, dass weitere Merkmale wie ethnischer Hintergrund/Rasse, soziale Schicht oder Alter kollektives Handeln allein aufgrund des Geschlechts verhindern könnten und deshalb in die Analysen mit einbezogen werden sollten. Bislang waren in europäischen Parlamenten eher höher gebildete Frauen aus der Mittelschicht vertreten (Mateo Diaz 2005). Gerade ein Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten könne dazu führen, dass die Gruppe der weiblichen Abgeordneten in anderen Merkmalen diverser würde. Xydias zeigt beispielsweise in ihrer Studie über den Deutschen Bundestag, dass die Zugehörigkeit zu einer Generation ein wichtiger Faktor ist für die Teilnahme an Plenardebatten zu frauenspezifischen Themen sowie für den Einsatz für Fraueninteressen (Xydias 2014).

Manche Autor*innen stellen fest, dass sich traditionelle Geschlechterstereotype verstärken könnten, wenn sich Frauen für andere Frauen einsetzen und sich Männer von diesen Themen zurückziehen oder sie gar nicht erst aufgreifen. Die Themen würden dann nur als Frauenthemen, nicht aber als Themen, die sowohl Männer als auch Frauen betreffen, wahrgenommen (Mansbridge 2005; Schwindt-Bayer 2010). Weibliche Abgeordnete könnten sich deshalb bewusst gegen die Unterstützung und

den Einsatz für Fraueninteressen entscheiden. Eine Studie zum argentinischen Parlament (Franceschet/Piscopo 2008) zeigt, dass aufgrund von Quotenregelungen der Frauenanteil stark gestiegen war und vermehrt Gesetzesprojekte zu Frauenrechten eingebracht wurden. Da aber viele Frauen mit familiären Bindungen zu (alten) politischen Eliten ein Mandat bekamen, die als „mujeres de" („Frauen von") bezeichnet wurden, wurden Parlamentarierinnen sowie die von ihnen formulierten frauenrelevanten Anliegen kritisch betrachtet.

Eine weitere Differenzierung liegt in der Parteizugehörigkeit, d.h. Parteien beeinflussen, ob und inwieweit Frauen sich für Fraueninteressen einsetzen (vgl. Celis/Childs 2012). Allgemein lässt sich festhalten, dass linke Parteien historisch diejenigen waren, die Fraueninteressen früher und stärker in ihre Agenden integrierten und dass linke Parteiakteur*innen sich eher für Frauenrechte einsetzen (Bratton 2005; Lloren 2015; Laux 2015). Aber auch in konservativen und rechten Parteien setzen sich Frauen eher für Fraueninteressen ein als ihre männlichen Kollegen (Swers 2002; Xydias 2014), jedoch bewirken konservative Parteien weniger frauenfreundliche Politiken. Bei „moralischen" Themen wie Abtreibung, Homosexualität oder Scheidungsrecht scheinen Parteilinien einen geringeren Einfluss zu haben, während sie bei ökonomischen Themen wichtiger sind als Geschlecht (z. B. Senti 1999). Marian Sawer zeigt am Beispiel Australien, wie eine – seltene – parteiübergreifende Koalition von Frauen aus vier unterschiedlichen Fraktionen im Parlament ein kurzes politisches Gelegenheitsfenster nutzen konnte, um mit Hilfe parlamentarischer Gruppen (hier die sog. parliamentary friendship groups) und einer zivilgesellschaftlichen Koalition die Zulassung von RU-486[5] zu erreichen (Sawer 2012).

In diesem Zusammenhang wird argumentiert, dass es darauf ankomme, *welche* Repräsentantinnen in den Parlamenten sitzen. Es brauche Frauen, die ein Bewusstsein für Frauenthemen haben (Beckwith/Cowell-Meyers 2007). Besonders wichtig seien außerdem *critical actors*, also Frauen, „who act individually or collectively to bring about women-friendly policy change" (Childs und Krook 2009, 127). *Critical actors* initiierten Gesetzesinitiativen und ermutigten andere, es ihnen gleich zu tun und frauenfreundliche Maßnahmen zu unterstützen und voranzutreiben. Sie werden in diesem Sinne auch als *policy entrepreneurs* bezeichnet (Mackay 2008). Empirisch wird der Einfluss von *critical actors* häufig anhand von parlamentarischen Initiativen oder Debattenbeiträgen zu Themen analysiert, die Fraueninteressen reflektieren sollen (Celis 2006; Valarino 2016; Fuchs 2015a; Mackay 2008) sowie deren Abstimmungsverhalten. Faktoren, die *critical actors* bei ihrem Eintreten für Fraueninteressen unterstützen, sind ihr Zugang zur Macht, zum politikfeldspezifischen *policy subsystem,* eine geringere Parteidisziplin, die Art und Weise der Interaktion von *critical actors* mit einer *critical mass*, die Wichtigkeit eines Themas, aber auch institutionelle Faktoren (z.B. Guadagnini 2007; Chaney 2012, 2014). Idealerweise besetzen diese Frauen Entscheidungspositionen, in denen sie entsprechende Initiativen oder Maßnahmen aufgrund ihrer Möglichkeiten im Amt auch durchsetzen können (Childs 2008).

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Für die substantielle Repräsentation von „Fraueninteressen" in Parlamenten sind Frauen als Repräsentant*innen eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung; mehr als eine kritische Masse von Abgeordneten sind deren *critical acts* (Gesetzesinitiativen, Debatten in Ausschüssen, Unterstützung, Abstimmungsverhalten) nötig, um frauen- und gleichstellungspolitische Themen in den Gesetzgebungsprozess einzubringen. Dabei wird der Einsatz für „Fraueninteressen" häufig zusätzlich durch Parteizugehörigkeit vermittelt. Bei politischen Gelegenheitsfenstern, bei Bildung von Koalitionen mit engagierten Personen in parlamentarischen Schlüsselstellen erhöhen sich die Chancen, dass repräsentierte Interessen auch zu politisch bindenden Entscheidungen führen. Machtverhältnisse im Sinne von Dominierung und (sexistischer) Abwertung sowie die Zurückweisung von nicht-hegemonialen Interessen als partikular schränken die Erfolgsaussichten hingegen erheblich ein. Ein systematischerer Einbezug dieser Machtverhältnisse in empirische Studien wäre wichtig.

Exekutive

Für die Exekutive ist die Frage nach der Verwandlung von substantieller Repräsentation in Macht schwieriger zu beantworten; es gibt weniger Forschungsergebnisse, und auch Daten sind im Gegensatz zur öffentlichen Arbeit von Parlamenten schwieriger zugänglich. Dabei ist gerade die substantielle Repräsentation von Frauen in der Exekutive von besonderer Wichtigkeit, da sie per Definition zu den einflussreichsten Akteur*innen mit dem besten Zugang zur Macht gehören. Finden sich hier *critical actors*, so ist davon auszugehen, dass sie am ehesten in der Lage sind, Fraueninteressen durchzusetzen. Allerdings gibt es auch hier Grenzen: Am Beispiel der britischen Kern-Exekutive (*core executive*) analysieren Annesley und Gains die Einflussmöglichkeiten feministischer Akteurinnen und identifizieren eine „gendererd nature of formal and informal rules that structure power and opportunities for policy change" (Annesley/Gains 2010, 4). Darunter fassen sie zum einen Prozesse der Rekrutierung und damit den Zugang zu Ressourcen. Zum anderen beziehen sie sich auf Aspekte des Umgangs, also der Beziehungen und Normen bzw. Praktiken, die die Möglichkeiten der Akteur*innen prägen.

Ein Blick auf (deskriptive) Repräsentation in den obersten Bundesbehörden in Deutschland zeigt, dass Parteien wesentlichen Einfluss haben: So stieg unter Rot-Grün der Frauenanteil bei den „politischen Posten" der Abteilungsleitungen in Ministerien der Frauenanteil von 2% im Jahr 1998 auf 22% im Jahr 2004 (um danach zu stagnieren, vgl. Rouault 2016, 108). Auch der Anteil der Ministerinnen war höher in den rot-grünen Regierungszeiten als in den CDU-geführten Regierungen davor und danach (Blome 2017). Ein direkter Zusammenhang zwischen den Anteilen und den policy outputs der rot-grünen Regierungen kann jedoch nicht (für alle Politikfelder) gezeigt werden. Für erfolglose Versuche substantieller Repräsentation sind die Hartz IV-Reformen ein schon klassisches Beispiel eines demokratiefernen,

männerbündischen und interessengeleiteten Expertisentums (vgl. Fuchs 2015b): Der sog. Hartz-Kommission gehörten 14 Männer und nur eine Frau an. Eine Untersuchung zu den Entscheidungsprozessen in der Kommission kam zum Schluss, dass im Gremium informelle Spielregeln vorherrschten (Siefken 2006). Empfehlungen wurden einvernehmlich und ohne Minderheitenvoten verabschiedet. Es wurde weniger argumentiert oder verhandelt, sondern es gab starke Hinweise darauf, dass der Kommissions-Vorsitzende persönlich in Einzelgesprächen Überzeugungsarbeit für bestimmte Lösungen leistete. Fundierte fachliche wie gleichstellungspolitische Kritik, etwa an der Konstruktion der Bedarfsgemeinschaft oder der Förderung von Minijobs, und massive politische Proteste blieben wirkungslos – wie auch die umfassende feministische Wirkungsforschung kaum auf politische Resonanz stieß (z. B. Jaehrling/Rudolph 2010). Im ersten rot-grünen Kabinett scheiterten zudem die Bemühungen von Frauenministerin Christine Bergmann, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft auf den Weg zu bringen. Sie führte dies auf den Widerstand der Wirtschaftsverbände zurück, die jedes Gesetz und jede Selbstverpflichtung abgelehnt hätten, u. a. durch Direktintervention beim Bundeskanzler (Doemens/Emundts 2001). Auch hier blieb (verspätete) zivilgesellschaftliche Kritik ohne Resonanz.[6]

Das Beispiel Familienpolitik zeigt ebenfalls, dass allein der Anteil von Frauen im Parlament oder in Spitzenpositionen der „richtigen" Parteien nicht ausreichend ist für Politikwandel. Zwar war die erste rot-grüne Regierung bereits 1998 mit dem Versprechen angetreten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Reformen der Erziehungszeiten und der Kinderbetreuung zu verbessern. Jedoch gelang es erst Familienministerin Renate Schmidt (SPD) in der zweiten rot-grünen Regierungsperiode, erste Schritte anzustoßen. Radikalere Reformen fanden sogar erst in der CDU-geführten Großen Koalition durch die Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) statt. Eine aktuelle komparative Studie (Blome 2017) arbeitet für Deutschland heraus, dass zentraler Faktor für die Verabschiedung der Reformen ein verstärkter politischer Wettbewerb zwischen der SPD und der CDU war, in dessen Folge beide Parteien versuchten, mit einer verbesserten Vereinbarkeitspolitik weibliche Wähler anzusprechen (s.a. Blome 2016). Zudem waren sowohl Schmidt als auch ihre Nachfolgerin von der Leyen *critical actors*, die es verstanden, Koalitionen zu bilden und dabei von der/dem jeweiligen Regierungschef*in unterstützt wurden. Aspekte des politischen Wettbewerbs spielten auch bei anderen Themen eine Rolle, die für Frauen potentiell relevanter sind, wie das Beispiel Diskriminierungsschutz zeigt. „Powerful business interests and the church have systematically rejected such measures. These constituents are taken very seriously as they continue to be extremely relevant for the CDU" (von Wahl 2011, 405). Von Wahl folgert, dass es bei der Frage von weiblicher politischer Führung und der Qualität des Entscheidungsprozesses nicht nur um das Geschlecht sondern auch um Klasse, Ethnie und sexuelle Identität „so that we can fully take account of the multifaceted intersection of differing oppressions and privileges" (ebd., 406).

Ein Blick in US-amerikanische Städte lässt verhalten optimistische Schlüsse zu: Adrienne Smith untersuchte frauenfreundliche Politik-Outputs, nämlich die Verteilung von Bundesgeldern zur Stadtentwicklung. Smith stellte fest, dass in Städten mit Bürgermeisterinnen signifikant mehr Geld für frauenrelevante Projekte ausgegeben wurde als in solchen, die von Bürgermeistern geführt wurden. Frauen in der Exekutive waren dabei wichtiger als ein hoher Frauenanteil in den städtischen Legislativen. Sie folgert „When women rise to positions of significant executive authority, they have more control over municipal policymaking and, as a result, cities may become more responsive to women's interests and needs" (Smith 2014, 333). Eine politische Konsequenz daraus könnte sein, gezielt mehr Frauen für hohe Exekutivämter zu unterstützen.

Insgesamt lässt sich sagen, dass substantielle Repräsentation in der Exekutive auf vielfältige und hohe Hürden trifft: Es sind symbolische, epistemische, inhaltliche und prozedurale Hürden. Wenn sie nicht parteistrategischen Interessen entsprechen, werden „Fraueninteressen" häufig abgewertet und als nicht opportun definiert. Informelle Entscheidungsprozesse schließen Frauen tendenziell aus. Wo sich Macht im Sinne umgesetzter Entscheidungen zeigt, braucht es nicht nur Frauen in exekutiven Führungspositionen bzw. *critical actors* in solchen Positionen, sondern offenbar auch Koalitionen, Gelegenheitsfenster und die richtige diskursive Rahmung und politische Stimmung.

Fazit

Unsere Ausführungen haben gezeigt, dass bei substantieller politischer Repräsentation von Frauen der Forschungsschwerpunkt zumeist auf Parlamenten liegt. Einzelne Studien deuten daraufhin, dass die Repräsentation von Frauen in der Exekutive einen größeren Unterschied macht als in den Legislativen. Die Forschung sollte sich daher vermehrt mit Gründen und Konsequenzen der Frauen-Präsenz in Exekutiven befassen (Smith 2014). Es sollten zukünftig auch andere Organe mit einbezogen werden, die einen Einfluss auf Gesetzgebungsprozesse haben, in denen aber Frauen häufig unterrepräsentiert sind und/oder Akteur*innen nicht gewählt, sondern berufen werden, wie etwa in den Gewerkschaften und Arbeitgeber*innenverbänden, in den Medien oder in der Zivilgesellschaft (vgl. Annesley 2010; McBride/ Mazur 2010; Celis et al. 2008). Zudem sollten andere Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungsprozesse in den Blick genommen werden, z.B. Prozesse der partizipativen Demokratie (Sauer 2012) oder die Bereitstellung von Expert*innen-Wissen für evidenzbasierte Politik (vgl. Kantola/Squires 2012).

Das feministische Forschungsprogramm zu substantieller Repräsentation muss weiterhin machtkritisch sein. Dies bedeutet, in einer umfassenden Perspektive den gesamten politischen Prozess in den Blick zu nehmen und miteinander zu verknüpfen – so könnten gesellschaftliche Transformationen der Geschlechterverhältnisse oder politische Agenda-Setting-Prozesse mit Interessenformulierungsprozessen in Parla-

menten und Regierungen verbunden werden. Konzeptionell müsste es darum gehen, Durchsetzung und Macht für empirische Studien genauer zu fassen. Das bedeutet auch, Entscheidungsprozesse politischer Institutionen unter der Macht- und der Geschlechterperspektive analytisch schärfer zu fassen. Wie viel Macht aus substantieller Repräsentation entsteht und entstehen kann, ist demnach je nach Politikbereich und Art des politischen Programms unterschiedlich.

Anmerkungen

1 „Intuitive Idee von Macht" bei Dahl: „A has power over B to the extent that he can get B to do something that B would not otherwise do", zitiert nach Allen 2016, Abschnitt 1.

2 Über die Ursachen dieser Geschlechterunterschiede ist wiederum wenig bekannt. Es wird beispielsweise gemutmaßt, dass öffentliche Diskurse (inter)nationaler Frauenbewegungen oder Institutionen wie die UN dafür verantwortlich sein könnten. Zudem kann die Durchsetzung von spezifischen „Fraueninteressen" wie politische Repräsentation oder die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen auf Kosten der Männer gehen und dadurch unterschiedliche Einstellungen hervorrufen.

3 Um z. B. das Ziel „Gleichbehandlung" zu erreichen, kann aus feministischer Perspektive für den Abbau sämtlicher Geschlechterhierarchien plädiert werden; aus einer traditionellen Sicht hingegen für die (finanzielle) Anerkennung der unterschiedlichen Rollen von Frauen und Männern. Aus einer liberalen Perspektive schließlich kann man zwar die Abschaffung von Geschlechterungleichheiten befürworten, zugleich aber gegen jede staatliche Intervention sein (s. a. Xydias 2014).

4 Vgl. Internet http://www.ipu.org/wmn-e/speakers.htm (15.Februar 2017)

5 RU-486 dient dem medikamentösen Schwangerschaftsabbruch.

6 Etwa ein offener Brief von 100 Frauen an Schröder (Frankfurter Rundschau, 30. August 2001) oder die Rüge des Frauenrats zum Verzicht auf ein Gesetz (Frankfurter Rundschau 12. September 2001).

Literatur

Allen, Amy, 2016: Feminist Perspectives on Power. Internet: http://plato.stanford.edu/entries/feminist-power/ (7.9.2016).

Annesley, Claire, 2010: Gender, Politics and Policy Change: The Case of Welfare Reform under New Labour. In: Government and Opposition. 45 (1), 50-72.

Annesley, Claire/**Gains**, Francesca, 2010: The Core Executive: Gender, Power and Change. In: Political Studies. 58 (5), 909–929.

Banaszak, Lee Ann/**Beckwith**, Karen/**Rucht**, Dieter, 2003: When Power Relocates: Interactive Changes in Womenn's Movements and States. In: Banaszak, Lee Ann/Beckwith, Karen/Rucht, Dieter (Hg.): Women's Movements Facing the Reconfigured State. Cambridge, 1–29.

Beckwith, Karen/**Cowell-Meyers**, Kimberly, 2007: Sheer Numbers: Critical Representation Thresholds and Women's Political Representation. In: Perspectives on Politics. 5(3), 555–567.

Blome, Agnes, 2016: Normative Beliefs, Party Competition, and Work-Family Policy Reforms in Germany and Italy. In: Comparative Politics. 48 (4), 479-496.

Blome, Agnes, 2017: The Politics of Work-family Policies in Germany and Italy. Abingdon, New York.

Bolzendahl, Catherine/**Brooks**, Clem, 2007: Women's Political Resources and Welfare State Spending in 12 Capitalist Democracies. In: Social Forces. 85 (4), 1509-34.

Bratton, Kathleen A. 2005: Critical Mass Theory Revisited: The Behavior and Success of Token Women in State Legislatures. In: Politics and Gender. 1 (1), 97–125.

Brunsbach, Sandra, 2011: Machen Frauen den Unterschied? Parlamentarierinnen als Repräsentantinnen frauenspezifischer Interessen im Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. 42 (1), 3–24.

Campbell, Rosie/**Childs**, Sarah/**Lovenduski**, Joni, 2009: Do Women Need Women Representatives? In: British Journal of Political Science. 40(1), 171-194.

Carroll, Susan J., 1994: Women as Candidates in American Politics. Bloomington.

Celis, Karen, 2006: Substantive Representation of Women: The Representation of Women's Interests and the Impact of Descriptive Representation in the Belgian Parliament (1900–1979). In: Journal of Women, Politics & Policy. 28 (2), 85–114.

Celis, Karen/**Childs**, Sarah/**Kantola**, Johanna/**Krook**, Mona L., 2008: Rethinking Women's Substantive Representation. In: Representation. 44 (2), 99–110.

Celis, Karen/**Childs**, Sarah, 2012: Research Note. The Substantive Representation of Women: What to do with Conservative Claims? In: Political Studies. 60, 213-225.

Celis, Karen/**Childs**, Sarah/**Kantola**, Johanna/**Krook**, Mona L., 2014: Constituting Women's Interests Through Representative Claims. In: Politics & Gender. 10 (2), 149–174.

Celis, Karen/**Erzeel**, Silvia, 2015: Beyond the Usual Suspects. Non-Left, Male and Non-Feminist MPs and the Substantive Representation of Women. In: Government and Opposition. 50 (1), 45–64.

Chaney, Paul, 2012: Critical Actors vs. Critical Mass: The Substantive Representation of Women in the Scottish Parliament. In: The British Journal of Politics and International Relations. 14 (3), 441-457.

Childs, Sarah, 2004: New Labour's Women MP's: Women Representing Women. New York.

Childs, Sarah/**Krook**, Mona L., 2009: Analyzing Women's Substantive Representation: From Critical Mass to Critical Actors. In: Government and Opposition. 44 (2), 125–145.

Childs, Sarah, 2008: Women and British Party Politics. London.

Childs, Sarah/**Lovenduski**, Joni, 2013: Political Representation. In: Waylen, Georgina/Celis, Karen/Kantola, Johanna/Weldon, Laurel S. (Hg.): The Oxford Handbook of Gender and Politics. Oxford, 489–513.

Dahlerup, Drude, 1988: From a Small to a Large Minority: Women in Scandinavian Politics. In: Scandinavian Political Studies. 11 (4), 275–298.

Diamond, Irene/**Hartsock**, Nancy, 1981: Beyond Interests in Politics: a Comment on Virgina Sapiro's "When Are Interests Interesting? The Problem of Political Representation of Women". In: American Political Science Review. 75 (3), 717–721.

Dodson, Debra L./**Carroll**, Susan J. 1991: Reshaping the Agenda: Women in State Legislatures. New Brunswick: Center for the American Woman and Politics.

Dodson, Debra, 2006: The Impact of Women in Congress. New York.

Doemens, Karl/**Emundts**, Corinna, 2001: Frauenförderung ohne Chance. Pläne der rot-grünen Koalition scheitern am Widerstand der Unternehmer. In: Frankfurter Rundschau, 13.6.2001, 1.

Dolan, Julie, 2002: Representative Bureaucracy in the Federal Executive: Gender and Spending Priorities. In: Journal of Public Administration Research and Theory. 12 (3), 353–375.

European Commission DG Justice, 2016: Database Women and Men in Decision Making. Internet: ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-decision-making/database (22. Dezember 2016).

Franceschet, Susan/**Piscopo**, Jennifer M., 2008: Gender Quotas and Women's Substantive Representation. Lessons from Argentina. In: Politics & Gender. 4 (3), 393-425.

Fuchs, Gesine, 2015a: Substantielle Repräsentation im Schweizer Parlament: Zum Agenda Setting beruflicher Gleichstellungspolitik 1996-2011. In: Femina Politica. 24 (1), 73–83.

Fuchs, Gesine, 2015b: Frauenbewegte Akteurinnen im wohlfahrtsstaatlichen Politikwandel. In: Nadai, Eva/Nollert, Michael (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Post-Wohlfahrtsstaat. Weinheim, 193–212.

Fuchs, Gesine/**Scheidegger**, Christine, 2017: Political Representation of Women in Europe. What Accounts for the Increase in the 2000s? In: Auth, Diana: Hergenhan, Jutta/Holland-Cunz, Barbara (Hg.): Gender and Family in European Economic Policy. Developments in the new Millennium. Basingstoke, 199–225.

Guadagnini, Marila, 2007. The Reform of the State in Italy. In: Haussmann, Melissa/Sauer, Birgit (Hg.): Gendering the State in an Age of Globalisation. Lanham, 169-181.

Interparliamentary Union, 2016a: Sexism, Harassment and Violence against Women Parliamentarians. Geneva. Internet: www.ipu.org/pdf/publications/issuesbrief-e.pdf (15. Januar 2017).

Interparliamentary Union, 2016b: Press Release: Gender-sensitive reforms in parliament are necessary to eliminate violence against women. Internet: www.ipu.org/press-e/pressrelease201611241.htm (15. Januar 2017).

Jaehrling, Karen/**Rudolph**, Clarissa (Hg.), 2010: Grundsicherung und Geschlecht. Gleichstellungspolitische Befunde zu den Wirkungen von Hartz IV. Münster.

Jónasdóttir, Anna G., 1988: On the Concept of Interest, Women's Interests, and the Limitations of Interest Theory. In: Jones, Kathleen/Jónasdóttir, Anna (Hg.): The Political Interests of Gender: Developing Theory and Research With a Feminist Face. London, 33–65.

Kantola, Johanna/**Squires**, Judith, 2012: From State Feminism to Market Feminism? In: International Political Science Review. 33 (4), 382–400.

Kittilson, Miki Caul, 2008: Representing Women: The Adoption of Family Leave in Comparative Perspective. In: Journal of Politics. 70 (2): 323–334.

Lambert, Priscilla A., 2008. The Comparative Political Economy of Parental Leave and Child Care: Evidence from Twenty OECD Countries. In: Social Politics. 15 (3), 315-344.

Laux, Thomas, 2015: Nationalstaatliche Prozesse oder globale Strukturen? Eine Analyse der Mechanismen zur Gleichstellung von Frauen im Recht. In: Berliner Journal für Soziologie. 24 (4), 531-558.

Lloren, Anouk, 2015: Women's Substantive Representation: Defending Feminist Interests or Women's Electoral Preferences? In: The Journal of Legislative Studies. 21 (2), 144–167.

Lovenduski, Joni/**Norris**, Pippa, 2003: Westminster Women: The Politics of Presence. In: Political Studies. 51 (1), 84-102.

Mackay, Fiona, 2008: "Thick" conceptions of substantive representation: Women, Gender and Political Institutions. In: Representation. 44 (2), 125–139.

Mansbridge, Jane, 2005: Quota Problems: Combating the Dangers of Essentialism. In: Politics & Gender. 1 (4), 622-638.

Mateo Diaz, Mercedes, 2005: Representing women: Female legislators in West European Parliaments. In: International Politcal Science Review. 28 (5), 557-570.

McBride, Dorothy/**Mazur**, Amy, 2010: The Politics of State Feminism: Innovation in Comparative Research. Philadelphia.

Münnich, Sascha, 2011: Interessen und Ideen: Soziologische Kritik einer problematischen Unterscheidung. In: Zeitschrift für Soziologie. 40 (5), 371–387.

Phillips, Anne, 1994: Democracy and Representation, Or: Why Should It Matter, Who Our Representatives Are? In: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft. 34, 63–76.

Phillips, Anne, 1995: Geschlecht und Demokratie. Berlin.

Pitkin, Hanna F., 2008: The Concept of Representation. Berkeley.

Rouault, Sophie, 2016: Berufliche Gleichstellung im deutschen Bundesdienst: Vorbild für die widerständige Privatwirtschaft? In: Fuchs, Gesine/Silke, Bothfeld/Andrea, Leitner/Sophie, Roualt (Hg.): Gleichstellungspolitik öffentlicher Arbeitgeber. Analysen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Leverkusen, 99–138.

Sauer, Birgit, 2009: Transformation von Staatlichkeit: Chancen für Geschlechterdemokratie? In: Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (Hg.): Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie. Baden-Baden, 105–120.

Sauer, Birgit, 2012: „Die hypnotische Macht der Herrschaft" – Feministische Perspektiven. In: Imbusch, Peter (Hg.): Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzeptionen. Wiesbaden, 379–398.

Sawer, Marian, 2012: What Makes the Substantive Representation of Women Possible in a Westminster Parliament? The Story of RU486 in Australia. In: International Political Science Review. 33 (3), 320–335.

Schaal, Gary S. (2009): Die politische Theorie der liberal-prozeduralistischen Demokratie: Robert A. Dahl. In: Brodocz, André; Schaal, Gary S. (Hg.): Politische Theorien der Gegenwart. Opladen. 247–276.

Schwindt-Bayer, Leslie A., 2010: Political Power and Women's Representation in Latin America. New York.

Schwindt-Bayer, Leslie A./**Mishler**, William, 2005: An Integrated Model of Women's Representation. In: The Journal of Politics. 67 (2), 407–428.

Senti, Martin, 1999: Parlamentarierinnen zwischen Fraktionsdisziplin und Frauensolidarität: Eine Analyse des Abstimmungsverhaltens im schweizerischen Nationalrat. In: Swiss Political Science Review. 5 (1), 57–79.

Siefken, Sven T., 2006: Die Arbeit der so genannten Hartz-Kommission und ihre Rolle im politischen Prozess. In: Falk, Svenja/Rehfeld, Dieter/Römmele, Andrea/Thunert, Martin (Hg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 374–389.

Smith, Adrienne R., 2014: Cities Where Women Rule: Female Political Incorporation and the Allocation of Community Development Block Grant Funding. In: Politics & Gender. 10 (3), 313–340.

Staples, Kiri/**Natcher**, David C., 2015: Gender, Decision Making, and Natural Resource Co-management in Yukon. In: Arctic. 68 (3), 356-366.

Studlar, D. T./**Mc Allister**, Ian, 2002: Does a Critical Mass Exist? a Comparative Analysis of Women's Legislative Representation Since 1950. In: European Journal of Political Research. 41, 233–253.

Swers, Michelle L., 2002: The Difference Women Make. The Policy Impact of Women in Congress. Chicago.

Valarino, Isabel, 2016: Parental and Paternity Leave Proposals in Switzerland: Do they Promote Gender Equality? In: LIVES Working Papers. 2016 (53), 1-32.

Wahl, Angelika von, 2011: A 'Women's Revolution from Above'? Female Leadership, Intersectionality, and Public Policy under the Merkel Government. In: German Politics. 20 (3), 392–409.

Wängnerud, Lena. 2000. Testing the Politics of Presence: Women's Representation in the Swedish Riksdag. Scandinavian Political Studies 23 (1), 67-91.

Wängnerud, Lena, 2009: Women in Parliaments. Descriptive and Substantive Representation. In: Annual Review of Political Science. 12 (1), 51–69.

Wöhl, Stefanie, 2016: Demokratie in Zeiten multipler Krisen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 66 (40-42), 42–46.

Xydias, Christina, 2014: Women's Rights in Germany: Generations and Gender Quotas. In: Politics & Gender. 10 (01), 4–32.

Young, Iris Marion (2004): Fives faces of oppression. In: Heldke Maree, Lisa/ Peg O'Conor (Hg.): Oppression, Privilege, and Resistance. Boston, 37–63.